

Rendez-vous in Crans-Montana →

## 97. Delegiertenversammlung des VSPB

Die für den VSPB wichtige Veranstaltung, welche alle zwei Jahre stattfindet, wurde am 13. und 14. Juni 2024 in Crans-Montana im Wallis abgehalten. Sie war von der Gewerkschaft der Walliser Kantonspolizei GKPW und insbesondere vom Organisationskomitee unter der Leitung der Kollegin Jeanne Rouiller perfekt organisiert. Der erste Tag war den statutarischen Pflichten und Wahlen gewidmet, während der zweite Tag dem Thema «Führt der Personalmangel zur Verzichtplanung?» vorbehalten war.

Text: Jean-Daniel Favre; Fotos: Etienne Bornet

**Z**u Beginn wurden die Delegierten und die anderen Teilnehmenden von verschiedenen Persönlichkeiten willkommen geheissen, darunter David Bagnoud, Präsident der Gemeinde Lens (die zusammen mit Icogne Teil der interkommunalen Polizei von Crans-Montana ist). Er betonte die grosse Bedeutung der Sicherheit in unserem Land.

Die 97. DV wurde von der Präsidentin des VSPB, Johanna Bundi Ryser, unter Emotionen eröffnet. Dies war ihre letzte DV, nach acht Jahren an der Spitze des Verbands trat sie aufgrund der Amtszeitbeschränkung zurück.

Bundesrat Beat Jans konnte leider nicht nach Crans-Montana reisen, nahm aber eine Videobotschaft für die Anwesenden auf und übermittelte seine Wertschätzung und seinen Dank gegenüber den Schweizer Polizistinnen und Polizisten. Es sprachen ebenfalls: Staatsrat Frédéric Favre und der Kommandant der Kantonspolizei Wallis, Christian Varone. Beide betonten die wichtige Rolle des VSPB in der polizeilichen und politischen Landschaft der Schweiz. Auch die Vor-

sitzende des Organisationskomitees, Jeanne Rouiller, hiess die Teilnehmenden im Wallis willkommen und betonte den gemeinsamen Willen, einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu haben.

Die DV wurde mit dem Referat des Generalsekretärs des VSPB fortgesetzt. Max Hofmann gab einen Rückblick auf die letzten zwei Jahre und die von der Geschäftsleitung behandelten Themen. Er sprach unter anderem über die 14 Jahre, die es gedauert hatte, um ein Ergebnis bei der Anwendung von Art. 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Beamte) zu erzielen. Der Text ändere sich nicht, aber seine Anwendung müsse anders sein: Die Täter sollten sich nicht mehr einer echten Strafe entziehen können, die Richter sollten es weniger leicht haben, Fälle als «von geringer Bedeutung» zu bezeichnen. Verbesserung gab es auch im Dossier «Via sicura». Politiker und Bundesbeamte hatten die Auswirkungen der Via-sicura-Bestimmungen auf Blaulichtorganisationen unterschätzt. In Zukunft werden die Richter mehr Spielraum haben, um festzustellen, wie hoch die Geschwindigkeitsüberschreitung war, unabhängig von der verhängten Geschwindigkeitsbegrenzung.

In Bern wechselten nach den Wahlen 2023 die Mitglieder der parlamentarischen Gruppe für Sicherheits- und Polizeifragen. Priska Seiler Graf (SP ZH) bildet zusammen mit Jean-Luc Addor (SVP VS) das Co-Präsidium. Vizepräsident ist der Tessiner Nationalrat Giorgio Fonio (Die Mitte), ein erfahrener Gewerkschafter. Beim letzten parlamentarischen Businesslunch wurde die Datenabfrageplattform POLAP, von der der neue Bundesanwalt sehr deutlich sagte, dass sie unerlässlich



Der frisch gewählte Präsident Emmanuel Fivaz und die scheidende Präsidentin Johanna Bundi Ryser.

*Das Walliser Organisationskomitee legt sich mutig auf den Boden und wird vom Kollegen auf dem Velo übersprungen.*

lich sei, behandelt. Seit Jahren wird darüber gesprochen. 2030 soll sie aktiv sein.

Ein weiteres wiederkehrendes Thema ist die Bekämpfung des Hooliganismus. Die Situation verbessert sich nicht. Die Swiss Football League will das sogenannte «Kaskadenmodell» nicht unterzeichnen, trotzdem wird es ab der nächsten Saison eingeführt. Wenn Sicherheit und finanzielle Interessen gegeneinander abgewogen werden, verliert leider die Sicherheit.

Max Hofmann, der durch sein Engagement und seine Erfahrung als treibende Kraft im VSPB gilt, wurde herzlich gedankt.

## Wahlen

Wie bereits erläutert, konnte Johanna Bundi Rysler nicht für eine weitere Amtszeit als Präsidentin des VSPB kandidieren. Für ihre Nachfolge gab es nur einen Kandidaten: Vizepräsident Emmanuel Fivaz. Seit 18 Jahren engagiert er sich für den VSPB. Zuerst in seiner Sektion, dann im Zentralvorstand und schliesslich in der Geschäftsleitung. Er betonte seine Motivation und verwies auf die aktuellen Ereignisse, indem er sagte, dass es noch viel zu tun gebe, wenn man sehe, wie die Institutionen bis ins Bundeshaus hinein bedrängt würden.

Emmanuel Fivaz wurde mit einem fast einstimmigen Ergebnis gewählt. Seine ersten Worte waren ein Dank an die Wählenden, seinen Arbeitgeber, seinen Kommandanten, die Arbeitskolleginnen und -kollegen, den Vorstand seiner Sektion (SPJN) und seine Familie. Er dankte auch den ehemaligen Polizistinnen und Polizisten, denn es sei wichtig zu wissen, woher man komme. Schliesslich erinnerte er daran, dass er der zweite Präsident des VSPB sei, der aus einer Neuenburger Sektion komme. Zum Abschluss seiner Rede dankte Emmanuel Fivaz den Kolleginnen und Kollegen, die an der Ukraine-Friedenskonferenz im Einsatz standen. Weiter erklärte er, er stehe im Dienst der Polizistinnen und Polizisten der Schweiz, und forderte die Kollegen auf, den Glauben an den Verband zu bewahren.



*Einstimmung zum Apéritif mit Alphornmusik und Fahnen-schwingen.*



*Florian Düblin, Generalsekretär KKJPD, und Béatrice Pilloud, Generalstaatsanwältin Wallis.*

Auch bei der Wahl zum Vizepräsidenten gab es keine Überraschungen, der Kandidat für dieses Amt, Gerhard Schaub, wurde gewählt. Er dankte den Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen, das sie ihm entgegenbrachten.

Ivano Bodino und Roger Huber, die bereits Mitglieder der Geschäftsleitung sind, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Schliesslich wurden Christophe Chobaz (AFPRV/VD) sowie Andreas Ortlieb (PVPBL/BL) in die Geschäftsleitung gewählt und vollständigen somit den Vorstand.

Der Zentralvorstand wurde in zwei Schritten gewählt. In einer ersten Wahl wurden die bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten bestätigt, in einer zweiten Wahl wurden die neuen Mitglieder von den Wählern bestätigt.

Auch die drei bisherigen Mitglieder des Kontrollorgans wurden in globo wiedergewählt, während Lea Glanzmann in einer getrennten Abstimmung neu dazugewählt wurde.



Musikalische Unterhaltung während den Pausen.

### Ehrungen

Den zurückgetretenen Mitgliedern des ZV wurde gedankt. Ein besonderer Dank ging an Sébastien Gerber, der zunächst von 2010 bis 2016 Mitglied des ZV war. Nach acht Jahren in der GL (von 2016 bis 2024) war es für ihn – ebenfalls aufgrund der Amtszeitbeschränkung – an der Zeit zurückzutreten. Johanna Bundi Ryser sprach ihm den Dank des VSPB aus und hob insbesondere sein Engagement in der Arbeitsgruppe «Gewalt gegen die Polizei» hervor.

Philippe Séchaud, Präsident der Sektion PVfedpol-GPB, stellte den Delegierten den Antrag, Johanna Bundi Ryser zum Ehrenmitglied zu ernennen. Er erinnerte unter anderem an die soziale Ader der scheidenden Präsidentin.

Ihre Ausbildung zur Mediatorin habe ihr dabei grosse Dienste geleistet. Unter ihrem Vorsitz habe der VSPB eine grosse Entwicklung durchgemacht und die Anliegen der weiblichen Polizistinnen wurden durch Johanna stetig vorangetrieben. Mit Standing Ovationen wurde die Wahl von Johanna zum Ehrenmitglied bestätigt.

### Nächste Delegiertenversammlung

Diese wird im Jahr 2026 stattfinden. Es gab nur eine Kandidatur, die des Polizeiverbandes Graubünden, welche von der Versammlung angenommen wurde. Der Vertreter dieser Sektion, Tiziano Zinsli, bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. ←



Vielen Dank den Sponsoren. Auf diesem Bild ein Motorrad der Marke Yamaha.

Hier gehts zur  
Fotogalerie →



Thementag vom 14. Juni →

## Verzichtsplanung ja, aber nicht nur

Die Referierenden am Thementag der 97. Delegiertenversammlung des VSPB waren sich weitgehend einig, dass es ein Inventar der Polizeiaufgaben braucht. Tätigkeiten, die nicht zwingend durch Polizistinnen und Polizisten bewältigt werden müssen, könnten ausgelagert werden. Am Gewaltmonopol hingegen soll keinesfalls gerüttelt werden.

Text: Markus Nobs; Fotos: Etienne Bornet



Armin Berchtold, Präsident VSSU.

**E**mmanuel Fivaz eröffnete die Referatereihe mit der Aussage: «Der Personal­mangel ist seit langer Zeit ein heisses Eisen». Weiter stellt der neu gewählte VSPB-Präsident ernüchtert fest: «Der Privatsektor lockt mit höheren Salären und geregelten Arbeitszeiten und es wird immer schwieriger, Aspirantinnen und Aspiranten zu finden – oder es kommen gar keine mehr nach».

Eine Umfrage des VSPB, an welcher mehr als 7000 Mitglieder teilgenommen haben, lässt aufhorchen:

- Gemäss 87,2 % der Befragten hat ihr Korps ein Rekrutierungsproblem.
- 75,4 % der Teilnehmenden hatten Ende 2022 bis zu 100 Überstunden notiert.

Dass junge Menschen bereits heute bei der Polizei fehlen, ist unter anderem der demografischen Entwicklung geschuldet. Die Menschen werden immer älter, die Babyboomer-Generation geht in Pension und immer weniger Junge sollen die zahlreichen und komplexer gewordenen Arbeiten erledigen.

Adrian Plachesi, Mediensprecher der Kantonspolizei Basel-Stadt, moderierte wie bereits am Forum Innere Sicherheit des VSPB gekonnt durch den Vormittag.

### Markante Zunahme der Cyberkriminalität

Für den Kommandanten der Kantonspolizei Wallis, Christian Varone, ist klar: Die Konflikte wurden früher auf der Strasse ausgetragen, Delikte fanden oftmals in der Öffentlichkeit statt. «Früher gab es bei uns eine grosse Anzahl von Banküberfällen oder Überfällen auf Juweliergeschäfte. Heute sind es nur noch Dummköpfe, die dies tun.»

Viel einträglicher, einfacher und sicherer sei es heute, im Netz zu betrügen. Dem beizukommen, sei anspruchsvoll und binde zusätzliche Polizeikräfte. Auch die Funktionsweise der Gesellschaft habe sich stark verändert: «24 Stunden, jahrein, jahraus, es gibt keine Lücken mehr, keine Hoch- und Niedrigphasen.»

Auch die Betäubungsmittelkriminalität sei keineswegs eine Randnotiz. Kokain werde immer reiner und mache schneller süchtig. Der Katalog sei lang, der Auftrag ergebe sich durch das Gesetz und die Liste der zu bekämpfenden Probleme reisse nicht ab. Vermehrt hätten es auch seine Polizistinnen und Polizisten mit Querulanten zu tun, mit Menschen, die auf eine Art Kreuzzug gehen. «Zeitbomben, die eines Tages explodieren könnten», befürchtet Varone.

Ein Achtel der Schweiz betrage der Anteil des Kantons Wallis flächenmässig. Mit all seinen Bergen und weitverzweigten Tälern bedinge dies ein filigranes Netz an Polizei­struktur. Nebst der Walliser Bevölkerung sind es viele Touristen. Der Kanton Wallis verdoppelt seine Population in der touristischen Hochsaison. Die Kriminalität mache auch keinen Halt an der Grenze. So spürt der Grenz­kanton vermehrt die Auswirkungen der höheren Mobilität durch Kriminelle.

Der Kanton Wallis kenne leider auch regelmässige Naturkatastrophen und tragische Unfälle. Es stellten sich grosse Anforderungen an die Kantonspolizei, diese Krisen zu bewältigen. Die zahlreichen Sportanlässe seien sehr positiv für das Image des Kantons, generierten aber eine grosse Anzahl von Überstunden.

Für Varone müssen die hoheitlichen Aufgaben der Sicherheit (öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verbrechensbekämpfung) und die Anwendung von Gewalt immer in der Hand der Polizei bleiben. Im Gegensatz dazu sollte auf diejenigen Aufgaben verzichtet werden, welche nicht zwingend von ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten erledigt werden müssen. Heute verfügt die Kantonspolizei Wallis über 550 Vollzeitstellen. Kürzlich seien

40 zusätzliche Stellen bewilligt worden. Das zeige, dass im Wallis der politische Wille zur Verbesserung der Situation vorhanden sei. Nicht jeder Kommandant kann auf solch einsichtige Politikerinnen und Politiker zählen, welche ihm und auch seinen Korpsangehörigen auf diese Art massgeblich den Rücken stärken.

### Wir sind schon mittendrin

Eine ebensolche Politikerin, die auf der Seite der Polizistinnen und Polizisten steht, ist Karin Kayser-Frutschi, Regierungsrätin im Kanton Nidwalden und Co-Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD). Bevor sie am selben Tag mit einem Helikopter der Schweizer Armee auf den Bürgenstock weiterfliegen musste, bereicherte sie den Thementag der 97. DV als Referentin und Podiumsteilnehmerin.

Der Personalmangel und die Verzichtsplanung, das sei nicht etwas, was erst noch komme. Im Gegenteil: «Wir sind schon mittendrin», so Kayser-Frutschi. Gerade jetzt im Rahmen der Friedenskonferenz mussten in mehreren Kantonen viele Polizeiposten geschlossen werden, um die immense Arbeit für eine sichere Durchführung bewältigen zu können.

Mit einem eindrücklichen Ausblick, wie die Polizeikorps im Jahr 2040 schwergewichtig handeln könnten, erhielt Kayser-Frutschi die volle Aufmerksamkeit der VSPB-Delegierten. «Keine Bussen mehr», das könnte ein Szenario sein, welches uns erwartet. Dadurch, dass die Technik immer ausgeklügelter wird und ein Fehlverhalten der Menschen, beispielsweise im Strassenverkehr, kaum noch zulässt, muss auch weniger bestraft werden. So werde der Fokus der Polizeiarbeit künftig auf der Prävention liegen. Auch der berufliche Hinter-

grund von Polizistinnen und Polizisten werde sich in Zukunft grundlegend verändern. «Es geht in Richtung 100 Prozent Akademikerinnen und Akademiker», ist die Nidwaldner Regierungsrätin überzeugt.

Zurück zur Realität von heute, denn «Trends für die Zukunft gibt es viele», so die Regierungsrätin. Was sicher sei: «Wir stehen nicht an der Schwelle erheblicher Veränderungen, sondern wir sind bereits darüber.» Die Veränderungen der persönlichen Werte innerhalb der Gesellschaft betreffen auch die Polizistinnen und Polizisten selbst. Ein zentraler Faktor sei die massiv gestiegene Rechtsdichte, die wir heute haben. Kurz, die Arbeit der Polizei sei in den letzten Jahrzehnten immer umfangreicher, komplizierter und dadurch dadurch anforderungsreicher geworden. Und: Die Veränderung der Rechtsetzung führe zu viel grösserem zeitlichem Aufwand und beanspruche dadurch zusätzliche personelle Ressourcen. Nicht nur bei der Polizei, sondern beispielsweise auch bei den Staatsanwaltschaften.

Die Referentin plädierte dafür, nicht nur das Negative in den Brennpunkt zu stellen, sondern bei den jungen Menschen Interesse für den Polizeiberuf zu wecken, indem bei-



V.l. n. r.: Armin Berchtold, Florian Düblin, Christian Varone, Emmanuel Fivaz, Mark Burkhard.



Nach den Referaten folgte die Podiumsdiskussion.

spielsweise auch die Anforderungsprofile angepasst würden. Eine Verbesserung der Entlohnung sei bereits erfolgt, «obwohl es immer noch Luft nach oben hat», so Kayser-Frutschi. Nebst einer Verzichtsplannung könne auch der Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor Gewalt, Belastung und Stress sowie eine bessere Work-Life-Balance dazu führen, dass die Menschen bei der Polizei auch künftig freudvoll in ihrem Beruf unterwegs sein können.

So könne angestrebt werden, dass die Polizistinnen und Polizisten den Berufsstolz förderten und selbst auch lebten. Wertschätzung und Motivation seien die Grundlage für die Wahl dieses Berufs, für welchen man dadurch auch bei nachkommenden Generationen Interesse wecken könne.

So geht auch die Kantonspolizei Nidwalden bei ihrer Suche nach Nachwuchskräften auf wichtige Werte ein. «Professionell, glaubwürdig, respektvoll» ist auf der Webseite zu lesen. «In Nidwalden wird es dir nie langweilig. Hier bringt jeder Tag neue Herausforderungen. Und genau für die braucht es Leute wie dich.»

### Private Sicherheit als Partnerin

Am Thementag sozusagen ein Heimspiel hatte der Oberwalliser Armin Berchtold. Er ist Präsident des Verbands der Schweizerischen Sicherheitsdienstleistungsunternehmen (VSSU) und Verwaltungsratspräsident der Securitas Gruppe. Seine Branche ist es, welche davon profitieren könnte, dass die Polizei aufgrund fehlender Ressourcen künftig vermehrt auf die Erbringung von gewissen Tätigkeiten verzichten und diese privaten Sicherheitsunternehmen übertragen muss.

«Das Gewaltmonopol darf nicht angetastet werden, das ist ganz wichtig», so Berchtold. Damit zeigte er den Anwesenden im Saal, dass die Privaten als Partner der Polizei und der Sicherheitsbehörden wahrgenommen werden sollen. Das ist nicht neu, sondern vielerorts seit Jahren der Fall: «Für 18 Polizeikorps nehmen wir die Waffentragbewilligungen ab und es gibt auch sonst sehr viele Schnittstellen mit der Polizei.» Beispielsweise



*Karin Kayser-Frutschi, Nidwaldner Regierungsrätin und Co-Präsidentin der KKJPD.*

beim sogenannten «ruhenden Verkehr». Dort setzen viele Gemeinden, Städte und Kantone auf die Dienste privater Sicherheitsdienste, und das bewährt sich bestens. Nicht zuletzt führt dies zu einer massgeblichen Entlastung der Polizeibehörden. Berchtold machte klar, dass die privaten Sicherheitsunternehmen ein wichtiges Element für die Sicherheit in der Schweiz sind: «Es braucht uns, sonst könnten Sie als Polizei ihre effektiven Aufgaben nicht mehr wahrnehmen.»

Als grosses Problem identifizierte Berchtold die Tatsache, dass von den rund 850 in der Schweiz tätigen Unternehmen rund 700 nicht dem geltenden Gesamtarbeitsvertrag seiner Branche unterliegen, weil bei diesen weniger als zehn Personen arbeiten. Es geht hier einerseits um Mindestlöhne, aber auch um Ausbildungsstandards, kurz, es wird bei Offertstellungen mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Für ausschreibende Behörden, die den «Faktor Preis» bei den Zuschlagskriterien zu hundert Prozent werten und den Faktor Qualität dadurch abschwächen, hat er kein Verständnis.

Zurzeit bestehe leider ein Flickenteppich der Regulierung seiner Branche, so Berchtold. Während die Romandie dies sehr gut geregelt habe, seien entsprechende Anstrengungen in

der Deutschschweiz leider wieder beerdigt worden. In der Westschweiz existiert ein entsprechendes Konkordat, welches unter anderem regelt, welche Voraussetzungen Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen mitbringen müssen, damit sie das Gewerbe überhaupt ausüben dürfen. Der VSSU unterstütze deshalb eine aktuelle Motion von Nationalrat Reto Nause (Die Mitte) für eine zeitgemässe, schweizweit einheitliche Rechtsgrundlage für private Sicherheitsdienstleistungen.

Eine Verzichtsplannung sei nicht nur in der Schweiz ein Thema, so Berchtold. Als Generalsekretär der International Security League (ISL) kenne er dieses Problemfeld auch aus dem Ausland. Wichtig scheint ihm, dass die Polizeibehörden und die Politik einen Katalog ihrer Tätigkeiten erstellen. Danach müsse gemeinsam definiert werden, wer für die Ausführung der jeweiligen Aufgabe am besten geeignet sei. ←